

Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag zu Aktionen gegen die Beteiligung der Bundeswehr am "War on Terror" mit Zwischenfragen in *friedensblauer Schrägschrift*

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 220/15 – 04.12.15

**Keine Bundeswehr-Beteiligung am „War on Terror“!
Für eine politische Lösung!
Völkerrecht nicht aushöhlen!
Bundesausschuss Friedensratschlag ruft zu Aktionen auf!**



Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag, 27.11.15

(http://www.friedensratschlag.de/userfiles/downloads/PM_2015-11-27_Syrien_IS.pdf)

Soll der von George W. Bush nach den bis heute ungeklärten Anschlägen am 11.09.2001 ausgerufene "War on Terror" (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Krieg_gegen_den_Terror) "ohne Beteiligung der Bundeswehr" endlos weitergehen? Wann beschäftigt sich der Friedensratschlag endlich mit seinen Ursachen, seinen Auswirkungen und den US-Militärbasen in der Bundesrepublik Deutschland, die daran beteiligt sind?

Wer soll mit wem welche politische Lösung für Syrien aushandeln?

Was ist mit anderen Verstößen gegen das Völkerrecht und unser Grundgesetz, die von den US-Stationierungstreitkräften in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten begangen, vom Bundestag und von der Bundesregierung nicht unterbunden und vom Friedensratschlag nicht thematisiert werden?

Zu welcher Art von Aktionen wird aufgerufen? Sind auch Mahnwachen willkommen, die übrigens eine lange Tradition in der Friedensbewegung haben, bisher aber aus den Reihen des Friedensratschlags pauschal verdächtigt werden, von Neonazis unterwandert zu sein (s. <http://www.ag-friedensforschung.de/bewegung1/montags.html>)?

Berlin, Frankfurt am Main, 27. November 2015 – Anlässlich der Ankündigung der Bundesregierung militärisch in den Anti-Terrorkrieg gegen den „Islamischen Staat“ (IS) eingreifen zu wollen, erklärten die Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag Lühr Henken und Anne Rieger in einer ersten Stellungnahme:

Die Ankündigung der Bundesregierung, so schnell wie möglich zusätzlich zur Ausweitung ihrer Einsätze in Mali und Nord-Irak mit bis zu sechs TORNADO-Kampfflugzeugen, einer Kriegsfregatte, Tankflugzeugen und dem Satellitenspionagesystem SAR Lupe aktiv in den „War on Terror“ einzugreifen – alarmiert uns.

Warum fühlen sich die Unterzeichner erst jetzt alarmiert? Warum hat der US-Drohnen-Krieg, der den "War on Terror" ständig anheizt und ohne die SATCOM-Relaisstation auf der US Air Base Ramstein in der Westpfalz überhaupt nicht zu führen wäre, bisher keinen Alarm bei ihnen ausgelöst? Wann wird endlich zur Kenntnis genommen, dass sich auf der gleichen Air Base auch die Kommandozentrale für den US-Raketenabwehrschild befindet, den Putin als größte Bedrohung für Russland ansieht, die im Kriegsfall sofort ausgeschaltet werden müsste?

Krieg ist das falsche Mittel! Denn

Erstens: die Geschichte des „War on Terror“ lehrt uns, dass Krieg, wie er in Afghanistan, Pakistan, Irak, Somalia, Jemen und Syrien von der NATO und ihren Mitgliedstaaten geführt wurde und wird, nicht zum Niedergang des „Terrors“, sondern zu seiner extensiven Ausbreitung geführt hat. Eine Steigerung des Krieges führt zum Anstieg der Anschlagsgefahr auch hierzulande. Zu betauern sind schon jetzt mehr als eine Million Tote dieses „War on Terror“.

Warum werden der völkerrechtswidrigen US-Angriffskriege gegen Afghanistan und den Irak und die mit wechselnden Koalitionen unter Führung der USA betriebenen völkerrechtswidrigen Militärinterventionen in Pakistan, in Libyen, in Somalia, im Jemen und in Syrien der NATO und nicht den eigentlichen Verursachern in den USA angelastet? Würden die Terroranschläge mit Beendigung des "War on Terror" nicht von selbst aufhören?

Zweitens: Wer den Beschwichtigungen geglaubt hat, die deutsche Teilnahme am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf Jugoslawien 1999 sei ein einmaliger Vorgang gewesen, der sich nicht wiederholen werde, sieht sich eines Schlechteren belehrt, wenn sich die Bundesregierung wieder über das Völkerrecht und damit über das Grundgesetz hinwegsetzt. Es liegt kein UN-Mandat vor. Sich auf den „Bündnisfall“ des Militärpakts EU zu berufen, reicht nicht aus als Mandat. Seit wann steht die EU rechtlich über der UNO? Wir sind in hohem Maße besorgt darüber, dass hier offensichtlich ein Präzedenzfall geschaffen werden soll.

Sind die Angriffsvorbereitungen, die von den US-Streitkräften ständig auch in der Bundesrepublik betrieben werden, nicht ebenfalls völkerrechts- und verfassungswidrig? Kann überhaupt ein EU-Präzedenzfall geschaffen werden, wenn nur der UN-Sicherheitsrat Militärinterventionen beschließen darf?

Drittens: Der Eindruck, als ob es sich beim deutschen Ansinnen um einen Eintritt in den Anti-Terror-Krieg „light“ handelt, ist falsch. Die TORNADOS dienen der Zielerfassung am Boden. Sie schaffen so die Grundlagen für den Bombenabwurf anderer. Gleiches ermöglicht das hochpräzise Radarsatellitensystem SAR-Lupe, das unabhängig von Licht und Wetter in Echtzeit Objekte bis zu einer Größe von einem halben Meter fokussieren kann. Die angeblich zum Zwecke der Flugabwehr an die Seite des französischen Flugzeugträgers beigestellte deutsche Fregatte, (Verfügt der „Islamische Staat“ neuerdings über eine Luftwaffe?) hat die Funktion, mittels seiner extrem leistungsstarken Radaranlagen Luftlagebilder des gesamten syrischen Luftraums zu erstellen. Die fliegende Airbus-Tankstelle ermöglicht Bombern einen längeren und intensiveren Einsatz. Bereits angebahnt durch die Ausbildung der Peschmerga und die Waffenlieferungen in den Nord-Irak outet sich Deutschland nun vollends als Kriegspartei. Vom Ende des deutschen Einsatzes ist nicht die Rede, wohl jedoch von seiner Ausweitung.

Könnte es nicht sein, dass bald neben aufklärenden Recce-Tornados auch ECR-Tornados zur Ausschaltung der syrischen oder russischen Luftabwehr eingesetzt werden (s. http://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/05_kk_09_clement.pdf) – wie das schon im völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Serbien geschehen ist?

Was ist zu tun?

Der Warenaustausch mit dem „Islamischen Staat“ ist zu unterbinden. Das betrifft nicht nur den Handel von Öl und Gas, sondern auch den schwunghaften Warenverkehr unter anderem mit Lebensmitteln und Bauteilen für Waffen, wie er mit der Türkei erfolgt. Geldflüsse in

das Gebiet, das vom IS kontrolliert wird, haben ebenso zu unterbleiben, wie der Bewegungen von Kämpfern über die Anrainerstaaten. Deutsche Waffenlieferungen in den Nahen und Mittleren Osten sind zu stoppen. Für den Konflikt in Syrien und den Irak kann es nur eine politische Lösung geben, die alle am Konflikt Beteiligten zusammenführt. Die für den kostspieligen Krieg bereitgestellten Beträge wären besser investiert in die Versorgung von Flüchtenden.

Wie soll die Bundesregierung den größtenteils über die Türkei abgewickelten Nachschub für den ISIS stoppen, wenn sie gerade mit dem Diktator Erdogan über das Stoppen des Flüchtlingsstroms verhandelt? Und nochmals die Frage, wer soll mit wem eine politische Lösung der Konflikte in Syrien und im Irak aushandeln? Gehören Assad, Putin und der Iran auch zu den "Beteiligten"?

Der Bundesausschuss Friedensratschlag ruft die Friedensbewegung auf, in vielfältigen Formen gegen den Eintritt der Bundesrepublik in den „War on Terror“ zu protestieren. Unser 22. bundesweiter Friedensratschlag am 5. und 6. Dezember 2015 in der Universität Kassel bietet eine gute Gelegenheit, gemeinsam über weitere friedenspolitische Schritte zu beraten.

Welche Personen bilden derzeit den "Bundesausschuss Friedensratschlag" und welche "Friedensbewegung" rufen sie zu welchen Aktionen auf? Warum hat der Bundesratschlag trotz der stetig wachsenden Kriegsgefahr in den beiden letzten Jahren nur gebremst, statt die Menschen zum Protestieren und Demonstrieren zu ermutigen (Belege dafür s. unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20713_311213.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20814_311214.pdf)? Haben Leute aus der "traditionellen Friedensbewegung" nicht sogar die 1.500 Demonstranten als "rechtslastig" diffamiert, die vom 25. bis 27. September im Rahmen der "Kampagne Stopp Ramstein" in der Westpfalz gegen die Drohnen-Morde und für den Weltfrieden protestiert haben? Wird sich der Bundesausschuss an dem Planungstreffen in Offenbach beteiligen (s. <http://www.ramstein-kampagne.eu/>), auf dem beraten wird, wie der Protest gegen die US-Kriegstreiber und ihre deutschen Komplizen fortgesetzt werden kann?

Warum kommen der "War on Terror" und seine US-Hauptverursacher im Programm des 22. bundesweiten Friedensratschlags (s. http://www.friedensratschlag.de/userfiles/downloads/2015-12_Friedensratschlag_Flyer.pdf) überhaupt nicht vor? Warum gibt es zum wiederholten Male keine AG, die sich mit der herausragenden Rolle und strategischen Bedeutung der US-Militärbasen in der Bundesrepublik Deutschland (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20714_291214.pdf) und der kriegstreiberischen Politik der US-Regierung (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP21815_301115.pdf) befasst? Warum wird immer noch so getan, als seien die Bundeswehr und die NATO, die von den US-Militärs nur als willfährige Werkzeuge benutzt werden, die Hauptgefährder des Weltfriedens?

Warum setzt sich der Friedensratschlag nicht mit den US-Kriegsvorbereitungen in unserem Land und mit den US-Drohnen-Morden via Ramstein auseinander? Warum hat er die spontanen Mahnwachen nicht von Anfang an unterstützt und verhindert, dass vermutlich vom Verfassungsschutz eingeschleuste Neonazis die ein oder andere unterwandern konnten? Warum lässt er zu, dass selbsternannte "Friedensrichter/innen", von denen der eine oder die andere wahrscheinlich sogar dafür bezahlt wird, um ihr Leben bangende Mitmenschen, die für den Frieden auf die Straße gehen, unwidersprochen verunglimpfen können? Sollten die selbsternannten Wortführer und politischen Richtungsgeber des Friedensratschlages nicht endlich von ihrem Kasseler Elfenbeinturm herabsteigen und sich den mutigen Menschen anschließen, die schon für den Frieden auf der Straße sind und

nicht erst durch Alibiaufrufe wie diesen dazu aufgefordert werden müssen? Ist den Gesinnungsprüfern in den Reihen der Friedensbewegung entgangen, wessen Geschäfte sie eigentlich betreiben, und wem das vor allem nützt?

Wir empfehlen unseren Lesern dringend, auch das unter <https://www.youtube.com/watch?v=A8yD2AeWOb8&feature=youtu.be> aufzurufende Telefoninterview Ken Jepsens mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Willy Wimmer ganz anzuhören.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:

Anne Rieger, Graz / Lühr Henken, Berlin (für Rückfragen unter Tel. 0160 4066630)

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern